

## Beschluss des Landrats vom 10.04.2025

Nr. 1092

### 9. Kulturvertrag mit Basel-Stadt: Finanzielle Beteiligung des Kantons Basel-Landschaft

2024/223; Protokoll: mko

**Marc Scherrer** (Die Mitte) beantragt Diskussion.

://: Der Diskussion wird stillschweigend stattgegeben.

**Marc Scherrer** (Die Mitte) möchte vor allem eine Frage stellen, die allenfalls in eine Diskussion mündet. Er wollte in seiner Interpellation wissen, ob der Regierungsrat den Kulturvertrag in seiner aktuellen Form weiterhin als sinnvoll erachtet. Konkret geht es um die 80/20-Regelung, wonach viele Millionen nach Basel-Stadt fliessen – unabhängig davon, welche Institutionen dort unterstützt werden –, während vergleichsweise wenige Millionen im Baselbiet verbleiben, obwohl der Bedarf hier seiner Wahrnehmung nach gross ist. Wenn man dies etwas herunterbricht – was auch in der Interpellation thematisiert worden ist –, erscheint ihm die finanzielle Unterstützung aus dem Baselbiet pro Person sehr hoch. Als Beispiel sei eine Umfrage mit 700 Fragebogen genannt, die insgesamt rund CHF 200'000 gekostet hat – was rund CHF 270 pro Bogen entspricht. Dieses Rechenbeispiel liesse sich weiterführen.

Eine Kernfrage war, ob die Regierung den Kulturvertrag in der heutigen Form für gut hält. Die Antwort war etwas ausweichend mit dem Hinweis, dass es sich um einen Bestandteil eines Gesamtvertragsverhältnisses handelt und dass der Landrat dies so beschlossen hat. Der Redner greift diese Frage nun erneut auf: Hält der Regierungsrat den bestehenden Kulturvertrag für gut oder sieht er Verbesserungs- bzw. Optimierungspotenzial? Er persönlich würde Letzteres bejahen, insbesondere auch mit Blick auf andere Verträge, die zurzeit zur Diskussion stehen – wie etwa den Universitätsvertrag oder den Staatsvertrag über die Gesundheitsversorgung (GGR).

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) ist vom Kulturvertrag, der neu mit dem Kanton Basel-Stadt ausgehandelt wurde, überzeugt. Die Vereinbarung beinhaltet eine substanzielle jährliche Abgeltung in der Höhe von CHF 9,6 Mio., die zudem an die Teuerung angepasst wird. Beim vorherigen Kulturvertrag waren die Zahlungen an die Steuererträge der juristischen Personen gebunden. Dieser hatte eine ganz andere Dynamik. Zudem wurden die Beiträge direkt an einzelne Institutionen ausbezahlt, je nachdem, wie stark sie von Baselbieterinnen und Baselbietern besucht wurden. Das führte dazu, dass die Institutionen mitten im Sturm der Politik standen, was sehr ungut war. Die Institutionen haben einen kulturellen Auftrag und sollten nicht der direkten politischen Auseinandersetzung ausgesetzt sein.

Mit dem neuen Kulturvertrag fliesst der Beitrag direkt an den Kanton Basel-Stadt. Die Institutionen sind dadurch nicht mehr unmittelbar betroffen. Um jedoch zu bestimmen, welche Institutionen durch die Zahlungen mittelbar unterstützt werden sollen, wurde vereinbart, eine Publikumsbefragung durchzuführen. Bei der letzten Befragung war die Situation etwas besonders, da sie wegen der Pandemie abgebrochen werden musste. Die Anzahl der ausgefüllten Fragebögen fiel daher entsprechend gering aus.

Trotzdem zeigt sich Monica Gschwind überzeugt, dass der Kulturvertrag weiterhin sinnvoll und gut ist. Er ermöglicht eine klare Priorisierung der Institutionen nach ihrer Besucherfrequenz. Auf den vorderen Rängen stehen das Theater Basel, die Kaserne und das Sinfonieorchester – diese drei Institutionen heben sich deutlich von den anderen ab, insbesondere hinsichtlich der Besuchendenzahlen.

Es ist zwar sehr viel Geld, das der Kanton Basel-Landschaft für die Zentrumsleistungen an den Kanton Basel-Stadt zahlt. Gleichzeitig nutzen sehr viele Baselbieterinnen und Baselbieter dieses kulturelle Angebot. Dabei darf nicht vergessen gehen, dass diese auch eine bedeutende wirtschaftliche Wertschöpfung in die Stadt tragen – etwa durch Restaurantbesuche oder weitere Ausgaben rund um die kulturellen Veranstaltungen.

Dennoch möchte und wird man auch die eigenen kulturellen Institutionen unterstützen, in erster Linie mit Augusta Raurica eines der grössten Museen der Schweiz. Angesichts des finanziellen Verhältnisses zwischen den Mitteln, die nach Basel-Stadt fliessen, und jenen, die im Baselbiet für die eigenen Institutionen zur Verfügung stehen, lässt sich durchaus die Frage stellen, ob dieses angemessen ist. Dennoch ist die Rednerin überzeugt, dass der ausgehandelte Kulturvertrag zum heutigen Zeitpunkt richtig ist. Eine Überprüfung des Vertrags ist gemäss Vereinbarung für das Jahr 2028 vorgesehen.

**Markus Graf** (SVP) findet die Publikumsbefragung zwar grundsätzlich richtig, sie ist aber seiner Ansicht falsch aufgezogen. Denn eigentlich müsste man jene befragen, welche die Angebote in der Stadt *nicht* wahrnehmen – um zu wissen, *warum* sie nicht gehen. Dabei würde vielleicht herauskommen, dass das kulturelle Angebot oft an den Bedürfnissen der Konsumenten vorbeigeht. Die «Bubble» der Leute, welche die Kultur effektiv in Anspruch nehmen, ist eben schon sehr klein. Seines Erachtens ist es falsch, pauschal Gelder nach Basel zu schicken, und die Stadt damit machen zu lassen, was sie will.

**Marc Scherrer** (Die Mitte) stimmt den Ausführungen der Regierungsrätin zwar zu, wonach der neue Kulturvertrag eine Verbesserung darstelle. Das bedeutet aber nicht, dass er deswegen gut ist. Besonders das Argument, dass die Wertschöpfung der Baselbieter Bevölkerung nach Basel-Stadt fliesse, kann auch als Argument gegen einen wohl ausformulierten Vertrag sprechen. Wenn das Land Wertschöpfung in die Stadt bringt, sollte es eigentlich gar nichts zahlen, weil die Wertschöpfung ohnehin dort stattfindet. Es geht ihm aber nicht darum, den Geldhahn zuzudrehen. Es kann jedoch nicht sein, dass 80 % der Kulturgelder nach Basel-Stadt fliessen und nur 20 % im Baselbiet bleiben. Das ist ein völliges Fehlkonstrukt. Angesichts dessen, was im Baselbiet im Kulturbereich gemacht wird und wie es hier um die Finanzen steht, gäbe es grossen Bedarf für weitere Unterstützungsleistung. Frage: Wird der Kulturvertrag Teil der Gesamtverhandlungen sein, wenn es um die Ausgestaltung der anderen bikantonalen Verträge (Universität, USB) geht?

**Marc Schinzel** (FDP) weist darauf hin, dass die Diskussion über die Verteilung der Kulturgelder immer wieder geführt werden müsse. Es ist dennoch wichtig, festzuhalten, dass es im Baselbiet unterschiedliche Regionen mit unterschiedlichen Bedürfnissen gibt. Gewisse Regionen sind weniger stark auf die Stadt ausgerichtet, während etwa das Leimental stark auf die Stadt fokussiert ist und eine enge Vernetzung mit dem städtischen Kulturangebot aufweist. Deshalb ist auch eine Beteiligung wichtig. Gerade in Vorortsgemeinden wie Binningen, Bottmingen und Oberwil wird das Angebot in der Stadt sehr stark genutzt. Man muss deshalb aufpassen, dass die verschiedenen Kantonsteile und die Kulturangebote nicht gegeneinander ausgespielt werden. Gleichzeitig wird in Basel als Zentrum ein Beitrag für die Schweizer Kultur geleistet. Das ist nicht falsch und kommt letztlich allen zugute. Man kann nicht immer alles daran messen, wer wann in welche Vorstellung geht. Auch am Theater Basel gibt es ganz unterschiedliche Angebote: leichtere Kost für ein breiteres Publikum und experimentellere Sachen. Alles muss Platz haben. Diese Diskussion wird immer wieder geführt werden müssen, was auch richtig ist. Und es lässt sich auch immer wieder über den Verteilschlüssel reden. Dabei darf nicht vergessen gehen, dass der neue Kulturvertrag die Situation beruhigt, stabilisiert und die Kulturförderung auf nachvollziehbare Kriterien abgestellt hat.

**Miriam Locher** (SP) stimmt zu, dass die Diskussion über den Kulturvertrag wichtig sei, warnt aber davor, Kulturinstitutionen gegeneinander auszuspielen. Sowohl die Kultur in der Stadt als auch auf dem Land sind wichtig, beide haben ihre Berechtigung. Es ist für Basel-Landschaft wichtig, sich zu den bestehenden Verträgen zu bekennen, um ein verlässlicher Partner der Stadt zu sein. Regierungsrätin Monica Gschwind sei für ihr Statement gedankt, dass der Vertrag gut sei und der Regierungsrat dahinterstehe. Die SP unterstützt diese Haltung.

Es ist etwas gewagt, wenn Markus Graf von einer «Bubble» der Konsumentinnen und Konsumenten städtischer Kultur spricht. Die Agglomeration rund um Basel ist relativ gross und es gibt dort relativ viele Menschen, die zu dieser «Bubble» gehören. Kultur lässt sich auf jeden Fall vielfältig verstehen, und nicht alle haben den gleichen Geschmack. Wichtig ist vor allem der Aspekt, dass das Land ein verlässlicher Partner für den Stadtkanton sein muss.

Regierungsrätin **Monica Gschwind** (FDP) dankt für die Ausführungen und möchte noch auf die Frage von Markus Graf eingehen, ob man auch das «Nicht-Publikum» befragen sollte. Genau über eine solche Befragung wird im Moment intensiv nachgedacht, denn man möchte in der Tat nicht nur wissen, weshalb die Baselbieterinnen und Baselbieter in die Stadt z. B. ins Theater gehen oder nicht. Man möchte vielmehr allgemein wissen, warum sie sich insgesamt am Kulturleben im Kanton beteiligen – oder eben nicht.

Zu Marc Scherrer: Selbstverständlich nimmt der Regierungsrat stets eine Gesamtbetrachtung vor, wenn es um Verpflichtungen und Verträge mit dem Kanton Basel-Stadt geht. Im Moment steht der Kulturvertrag allerdings nicht im Fokus.

://: Die Interpellation ist erledigt.

---